

Palestinian National Authority: Palestine. Ending the Occupation, Establishing the State. Program of the Thirteenth Government. [Ramallah] August 2009¹.

Die Veröffentlichung der – wie sie sich vorstellt – „13. Regierung der Palästinensischen Nationalbehörde“ mit der Unterschrift Salam Fayyads projiziert die nationalen Ziele und die Regierungspolitik mit der Absicht, in den nächsten zwei Jahren einen starken De-facto-Apparat an Institutionen mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft und regionaler Partner trotz der israelischen Besatzung (genannt werden „Bodenkonfiszierungen, Hauszerstörungen und militärisches Vordringen“) aufzubauen. Voraussetzung bilden die nächsten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Januar 2010.

Nachdem der künftige Staat in den Grenzen vor dem Junikrieg 1967 ausgewiesen worden ist, beruft sich das Dokument zwecks politischer Legitimation auf die palästinensische Unabhängigkeitserklärung von 1988 unter Bezugnahme auf die UN-Resolutionen 242 (1967) und 338 (1973), auf die Prinzipienklärung von 1993 („Oslo I“) und auf das palästinensische Grundgesetz von 2003. Dagegen wird die „Road Map“ des internationalen Quartetts vom Frühjahr 2003 keiner Erwähnung für würdig befunden. Das ist insofern bemerkenswert, als international regelmäßig auf dieser Vorlage insistiert wird und zwei israelische Völkerrechtlerinnen jüngst ausgeführt haben, dass die 14 Vorbehalte der Regierung Sharon vertragspolitisch unerheblich seien².

Der Hinweis auf den Anspruch auf Jerusalem, der „Blume der Städte und der Hauptstadt der Hauptstädte“, als der „ewigen Hauptstadt des künftigen palästinensischen Staates“ erinnert mit seiner rhetorischen Symbolik stark an jenes Grundgesetz, mit dem die Knesset im August 1980 das „vereinigte Jerusalem“ zur „ewigen Hauptstadt Israels“ proklamierte. Ihr arabischer Charakter als Stadt des Friedens, des Gebets und der Toleranz sei mit ganzer Kraft zu verteidigen. Die israelische Politik unternimmt indes

¹ Das Dokument befindet sich in der Menüleiste „Berichte aus Nahost“ dieser Homepage.

² Ruth Lapidoth and Ofra Friesel: Reflections on the Roadmap and the Annapolis Joint Understanding, in „The Israel Journal of Foreign Policy“ 9/2009, S. 79 ff.

alles, um diesen Nimbus zu zerstören. Mit der Betonung der politischen und geographischen Einheit der Westbank, Ost-Jerusalems und des Gazastreifens schließt das Dokument an die einschlägige Erklärung der Osloer Vereinbarungen an, unterschlägt freilich die Entwicklung seit der Abtrennung des Küstenstreifens durch „ Hamas“ im Sommer 2006. Die Islamische Widerstandsbewegung kommt in dem Programm nicht vor.

Nachdem schon früher palästinensische Politiker in der Flüchtlingsfrage einen Kompromiss angeboten haben, wiederholt das Dokument den Standpunkt, dass es zwar keine Regelung an ihr vorbei geben werde, dass diese jedoch auf einer gerechten und vereinbarten Grundlage in Übereinstimmung mit internationalen Resolutionen gefunden werden müsse, zu denen auch die UN-Resolution 194 vom Dezember 1948 gehöre. Damit beruft sich die Autonomiebehörde auf die Arabische Friedensinitiative vom März 2002, ohne sie zu nennen, und misst der genannten UN-Resolution eine wichtige, jedoch keine exklusive Rolle zu. Dass diese Aussage vor allem in der palästinensischen Diaspora auf Widerstand stoßen wird, dürfte den Autoren klar sein. Gerade deshalb kommt ihrem Realismus ein hoher Stellenwert zu.

Große Bedeutung wird dem Staatsaufbau beigemessen. Geplant ist die Schaffung eines demokratischen Systems auf der Grundlage der Prinzipien der Gerechtigkeit, der Gewaltenteilung, des politischen Pluralismus, der Gleichheitsgarantien sowie des Schutzes aller Bürgerrechte und Freiheiten, soweit sie von Gesetzes wegen gesichert und nicht eingeschränkt seien. Das Wirtschaftssystem werde den Ideen der freien Marktwirtschaft folgen. Einzelpersonen und Gruppen wird das Recht abgesprochen, illegal Waffen zu erwerben oder zu besitzen. Die Erfolge der Autonomiebehörde bei der Herstellung von Ruhe und Ordnung sollen also nicht gefährdet werden.

Bei aller Betonung der Einheit als Ausgangspunkt und Grundlage des nationalen Anliegens bleibt die führende Rolle der PLO unstrittig. Dieser Akzent ist aus einem doppelten Grund von besonderem Interesse: Denn ungeachtet der Rivalität mit „ Hamas“ steht er in einem deutlichen Spannungsverhältnis zur Pluralität des politischen Spektrums der Zukunft, und zum anderen gehört Fayyads Partei „Dritter Weg“ nicht zum traditionellen Kernbestand des palästinensischen Dachverbandes.

Breiten Raum nimmt zudem die Aufgabenverteilung zwischen den wichtigsten Ministerien ein. Ihr Hintergrund dürfte in der mangelnden Regierungserfahrung zu suchen sein, die allzu häufig zu beträchtlichen Reibungsverlusten einlädt und Rivalitäten auslöst. Die Finanzhilfen der Europäer beim Aufbau staatlicher Institutionen bleiben zwar wichtig, können jedoch nur teilweise die Verwerfungen und Defizite kompensieren. Dass die Europäer bei den Autoren keine Erwähnung finden, unterstreicht einmal mehr den Eindruck, dass das Kontinuum ihrer Unterstützung als eine selbstverständliche Bringschuld betrachtet wird, nachdem sie zur politischen Regelung des Konflikts wenig beitragen. Vielen Intellektuellen und Wissenschaftlern vor Ort sind die Finanztransfers von Übel.

Mit Erstaunen liest man die mehrfache Hervorkehrung des islamischen Religionsgesetzes, der Sharia, als Basis des Rechtswesens und der Arbeit des Ministeriums für die frommen Stiftungen (Waqf, pl. Awqaf) und für religiöse Angelegenheiten. Dass in dieses Ministerium die genannte zentrale Bedeutung von Bildung und Erziehung eingegliedert werden soll, mag nicht nur aus einer westlich-säkularen Perspektive höchst bedenklich erscheinen, widerspricht die Entscheidung doch dem Anspruch auf Demokratie und Pluralität. Aber sie spiegelt jene Entwicklung wider, die dem Islam insgesamt angesichts der ausgebliebenen Konfliktlösung mit Israel in weiten Kreisen der Bevölkerung zukommt. Dass seine Zentralität unter christlichen Palästinensern gemischte Gefühle auslöst, ist nachvollziehbar.

Was als Eindruck bleibt, ist das große Bemühen der politisch Verantwortlichen, den Blick nach vorn zu richten und die großen Herausforderungen anzunehmen, vor denen die Regierenden stehen. Dies ist um so mehr zu würdigen, weil das Leben der Bevölkerung durch die bekannten Alltagsprobleme schwer belastet ist und konstruktive Horizonte verschwimmen lässt. Das Programm wird sich daran messen lassen müssen, ob und wie es die Planungen im vorgegebenen Zeitrahmen von zwei Jahren nach innen erfüllt und nach außen durchsetzt.

Reiner Bernstein

22.12.2009